



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Sicherung vo ausreichend Mitteln für Projekte gegen geschlechtsspezifische Gewalt und Menschenhandel

Aktuell seit 15.09.2026 10:31:12

Angegeben von:

bff: Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe / Frauen gegen Gewalt e.V.
(R001412) am 15.09.2026

Beschreibung:

Der bff setzt sich dafür ein, dass die im Plan 17 des Bundeshaushalts 2027 vorgesehenen Mittel für Gewaltschutz und -prävention sowie die Bekämpfung des Menschenhandels nicht reduziert, sondern mindestens tarif- und inflationsgerecht erhöht werden. Ziel ist die langfristige Sicherung der bundesweiten fachlichen Vernetzungs- und Koordinierungsstrukturen, die zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und des Menschenhandels, zum Schutz Betroffener sowie zur fachpolitischen Weiterentwicklung des Hilfesystems beitragen.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/7300 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das
Haushaltsjahr 2027 (Haushaltsgesetz 2027 - HG 2027)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffene Interessenbereiche (2)

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

Opferschutz [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2609150005 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.09.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]